

Antrag

Initiator*innen: SPD-Landesparteitag

Titel: 2% des BIPs für Rüstung: „Nein Danke!“

Antragstext

1 *Der SPD Landespartei möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:*

2 Wir fordern die Bundesregierung und damit vor allem die Bundesminister, die der
3 SPD angehören, auf, sich auf dem nächsten NATO-Gipfel für die Abschaffung des 2%
4 Ziels der NATO einzusetzen.

5
6 Trotz der im Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU/CSU vereinbarten Kopplung
7 fordern wir die Bundesregierung auf, die 0,7% ODA-Quote unabhängig von der
8 Einhaltung der NATO-Quote ohne Anrechnung von Kosten für die Versorgung
9 Geflüchteter im Inland zu erfüllen.

10 Sollte die o.g. Forderung nicht umgesetzt werden können, sollen die
11 Rüstungsausgaben im Sinne eines positiven Dual-Use so friedlich wie möglich
12 eingesetzt werden, bspw. durch den Ausbau von zivil nutzbarer Infrastruktur, in
13 der Sanitätsabteilung des Militärs oder in die Cyber-Abteilung zur Förderung von
14 Open-Source-Software. Das bedeutet insbesondere, dass wir keinen zusätzlichen
15 Cent in Angriffswaffen, wie Flugzeugträger, Panzer und Drohnen investieren.

Begründung

- 16
- Sollte die Bundesrepublik wirklich 2% des BIPs für Verteidigung
17 ausgegeben, dann würde sie etwa 85 Mrd € ausgegeben. So würde Deutschland
18 zum Land mit dem drittgrößten Wehretat aufsteigen. Das ist nicht
19 hinzunehmen und mit unserer Geschichte nicht vereinbar.

- 20 • Im Haushaltsjahr 2019 gab Deutschland etwa 45 Milliarden Euro für
21 Verteidigung aus. Zum Vergleich: Für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
22 waren es nur etwa 12 Mrd. Euro und damit nur ein etwa Viertel des
23 hypothetisch erforderlichen Verteidigungsetats. Im extremsten Fall haben
24 wir also kein Geld für Frauenhäuser, aber Geld für Rüstung. Genau solche
25 extremen Unterschiede zeigen sich auch im Vergleich mit dem Bereich
26 Bildung und Forschung. Das kann einfach nicht sein!

- 27 • Die Absurdität einer rigiden 2%-Forderung zeigt sich gerade jetzt in der
28 Corona-Krise: Durch eine stagnierende Wirtschaft rückt das Ziel, 2% des
29 BIPs für Rüstungsausgaben auszugeben bei konstantem Wehretat näher denn
30 je. Ohne auch nur einen Cent mehr zu investieren könnte Deutschland das
31 Ziel also plötzlich einhalten. Das zeigt, wie wenig die Forderung an einer
32 faktischen Notwendigkeit ausgerichtet ist.

- 33 • Mit dem Zerfall der Sowjetunion und damit auch des Warschauer Paktes
34 wurden in den 1990er Jahren ehemalige Mitgliedstaaten der UdSSR/
35 Warschauer Paktes in die EU und auch in die NATO aufgenommen. Damit sollte
36 der Kontinent Europa sicherer gemacht werden. Dies ist auch gelungen. Bis
37 2014 hatte die NATO auch ein sehr gutes Verhältnis zu Russland (NATO-
38 Russland-Rat), doch mit der Annektion der Krim im Jahr 2014
39 verschlechterten sich die Beziehungen zu Russland. In diesem Klima wurde
40 das 2%-Ziel der Nato beschlossen. Man begründete diese Entscheidung damit,
41 dass Russland erwägen würde, ehemalige Sowjetrepubliken ebenfalls zu
42 annektieren. Die Aufrüstung innerhalb der NATO führte u.a. dazu, dass sich
43 in Russland zunehmend Nationalismus breit macht und sich die Beziehung
44 zwischen Russland, der USA und Europa insgesamt verschlechtert haben.
45 Nachdem dies erkannt wurde, forderten und fordern inzwischen viele, sowohl
46 Bürgerinnen und Bürger auf beiden Seiten, dass die Kontakte zu Russland
47 wieder aufgenommen werden und damit die Beziehung bzw. Partnerschaft zu
48 Russland wieder gestärkt wird. Dies ist auch damit zu begründen, dass die
49 Beziehung zu den USA mit der Amtseinführung Donald Trumps schwieriger
50 geworden sind, was man leider auch durch die einseitige Kündigung des INF-
51 Vertrages oder des Open-Skies-Vertrages durch die USA sehen kann.
52 Zur Verbesserung der Beziehung ist keine Aufrüstung nötig, sondern
53 Diplomatie angebracht – denn Waffen bringen bekanntlich keinen Frieden.

- 54 • Das Etatrecht ist seit jeher ein essentielles Privileg der Parlamente. Das
55 gilt aus gutem Grund auch in Deutschland, und es gilt insbesondere auch
56 für das Verteidigungsbudget. Keine internationale Organisation und keine

57
58

Bundesregierung können dem Bundestag vorschreiben, wie hoch das Budget für den Bereich Verteidigung sein soll.